

Die Freiheit

Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.
Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zustellung unter Streifenband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich.

Berliner Organ

Fernsprecher: Amt Norden Nr. 110 07, 110 08 und 110 48.
Inserate kosten die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ das selbgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Werksammlungsanmeldungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Montag, den 18. November 1918

Nummer 6

Sieg des Achtstundentages!

Die Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften.

Berlin, 16. November. (Amtlich.) Die großen Arbeitgeberverbände vereinbarten mit den Gewerkschaften der Arbeitnehmer das Folgende:

1. Die Gewerkschaften werden als berufene Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt.
2. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ist unzulässig.
3. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmergebände werden verpflichtet, die ihnen wirtschaftsrechtlichen Verhältnisse vollständig und unverzüglich mitzuteilen und sie weiter mittelbar oder unmittelbar unterrichten.
4. Streitigkeiten aus dem Bereich der Arbeitsverhältnisse sind durch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu lösen. Die Streitigkeiten sind vor dem Arbeitsrat zu entscheiden. Die beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind verpflichtet, die durch die Arbeitsrat getroffenen Entscheidungen zu befolgen. Die Streitigkeiten sind ohne Verzögerung anzunehmen und schleunigst zum Abschluss zu bringen.
5. Für jeden Betrieb mit einer Arbeiterschaft von mindestens 30 Beschäftigten ist ein Arbeiterausschuss einzusetzen, der die Interessen der Arbeiter in Gemeinschaft mit dem Betriebsrat zu vertreten hat. Die Verhältnisse des Betriebes sind dem Ausschuss mitzuteilen.
6. In den Kollektivvereinbarungen sind Schlichtungsausschüsse einzusetzen. Einmalig sind die Verhältnisse des Betriebes mitzuteilen.
7. Das Schlichtungsgremium der täglichen regelmäßigen Arbeitstätigkeit wird für alle Betriebe auf acht Stunden festgesetzt. Verdienstminderungen aus Anlaß dieser Beschränkung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.
8. Die Durchsetzung dieser Vereinbarungen, sowie die Überwachung der Einhaltung, zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens und zur Sicherung der Existenz der Arbeitnehmerschaft, insbesondere der schwer erkrankten Arbeiter, zu treffenden weiteren Maßnahmen wird von den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein gemeinsames Vorgehen auf paritätischer Grundlage mit beruflich qualifizierte Mitarbeiter errichtet.
9. Dem Zentralausschuss obliegt ferner die Entscheidung grundsätzlicher Fragen, soweit sich solche namentlich bei der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergeben, sowie die Schlichtung von Streitigkeiten, die mehrere Berufsgruppen zugleich betreffen. Seine Entscheidungen haben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbindliche Geltung, wenn sie nicht innerhalb einer Woche von einem der in Frage kommenden beiderseitigen Berufsverbände angefochten werden.
10. Diese Vereinbarungen treten am Tage der Unterzeichnung in Kraft und sollen vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung bis auf weiteres mit einer dreimonatigen Dreimonatsfrist.
11. Diese Vereinbarung soll insofern auch für das Verhältnis zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Angestelltenverbänden gelten. Diese Vereinbarung veröffentlichen wir mit dem Ersuchen an die Leiter der Betriebe, keine Bestimmungen in den von ihnen geleiteten Betrieben zu beachten. Den Leitern der Landes- und kommunalen Betriebe wird das Gleiche empfohlen.

neu in den von ihnen geleiteten Betrieben zu beachten. Den Leitern der Landes- und kommunalen Betriebe wird das Gleiche empfohlen.
Berlin, den 15. November 1918.
Der Rat der Volksbeauftragten. Ebert. Haase.

Die Revolution hat eine vollkommene Umgestaltung der Machtverhältnisse bewirkt: Deutlich ergibt sich das aus den Vereinbarungen zwischen den maßgebenden Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften, von denen der oben zitierte Erlaß der Regierung berichtet. Nur unter dem Anstrich einer harten Notwendigkeit haben die Arbeitgeber und Arbeiter, die Sinnlos und Quasiberechtigungen der Arbeiter unterdrückt wurden. Anerkennung der Gewerkschaften, endgültiger Verzicht auf den „Gegensatz“-Standpunkt, Beseitigung der arbeitsrechtlichen, wannsweise Durchsetzung der Kollektivvereinbarung, Achtstundentag usw. — wie hat man sich auf der Seite der Unternehmer jahrelang immer wieder gegen diese Forderungen gewehrt wie hat man die Arbeiterbewegung bekämpft, die sie verteidigt! Aber die Zeiten haben sich gewandelt, die Arbeiter haben die politische Macht erobert mit einem Schläge ist errungen, was eben noch fast unmöglich schien.
Es hat nicht an den Gewerkschaften gefehlt, die der politischen Bewegung immer mit Mißtrauen begegneten. Jetzt hat ein politischer Sieg mit einem Schläge verwirklicht, was jahrzehntelanges gewerkschaftliches Ringen nicht vermochte.

Die politische Bewegung wird freilich ihre Aufgabe damit nicht als abgeschlossen betrachten, daß den Arbeitern das Recht freier Organisation und die Anerkennung ihrer Gewerkschaften die Sicherung ihrer Tarifverträge und der Achtstundentag zuteil wurde. So wichtig und wertvoll all diese Ergebnisse für die Arbeiter sind — es braucht darüber kein Wort weiter verloren zu werden —, so kann das doch immer nur eine Etappe auf dem Wege sein, in dem der Sieg der proletarischen Revolution das Tor geöffnet hat. Nicht nur darauf kommt es an, daß die Arbeiter den Unternehmern gegenüber einige neue Rechte erwerben und eine Verbesserung ihrer Arbeitszeit erhalten: Vielmehr muß von den Arbeitern das noch ganz genommen werden, das ihnen durch das kapitalistische Wirtschaftssystem aufzulegt ist. Sie dürfen nicht weiter Objekte der Ausbeutung, Werkzeuge der Profitgier bleiben, das gesamte Produkt der gesellschaftlichen Arbeit muß der Gemeinschaft der Arbeitenden zuteil werden, ohne daß die Kapitalgehaltigen sich arbeitslos daran bereichern können.
Jeder Arbeiter wird sich der Gefahr freuen, die ihm durch die Abmachungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden zuteil werden. Aber sie sollten auch jedem ein Anreiz sein, nun darauf zu dringen, daß ihnen weitere Schritte in ihrem Interesse folgen, daß in Kürze mit einer durchgreifenden Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens begonnen wird.

Zum Termin der Nationalversammlung.

Die Presse hat die überraschende Nachricht gebracht, daß die Regierung einen Verfassungsentwurf beraten habe, der den 2. Februar als Wahltermin in Aussicht nimmt. Wir haben diese Notiz sofort mit einem Fragezeichen versehen. Unsere Erkundigung bei Mitgliedern der Regierung hat zu dem eigenartigen Ergebnis geführt, daß diese von einem solchen Entwurf nichts wußten und daß eine Wahlordnung von unserer Regierung nicht beraten worden ist. Es handelt sich offenbar um eine tendenziöse Nachricht, die bezweckt, eine überhastete Einberufung der Nationalversammlung ohne genügende technische und politische Vorbereitung der Massen herbeizuführen.

Revolutionäres Vertrauen!

R. U. In herrlichem Anlaß haben Deutschlands Arbeiter und Soldaten die politische Macht erobert und halten sie in festen Händen. Jetzt gilt es, sie zu behaupten und zu gebrauchen zur Durchsetzung der proletarischen Ziele: der Erringung der vollen Demokratie und der Vergesellschaftung der Produktionsmittel.

Das Ziel wollen wir alle: welcher Weg führt dahin? Bis zur russischen Revolution gab es keine Zweifel: Eroberung der politischen Macht, Erringung der uneingeschränkten Demokratie, auf deren Boden der Sozialismus zur Durchführung gelangt. Denn die proletarische Revolution ist noch dem Wort von Marx die Revolution der ungeheuren Mehrheit im Interesse der ungeheuren Mehrheit. Die russische Revolution ging einen anderen Weg.
Am Anfang war war die Forderung der allseitigen Konstituante die Forderung aller revolutionären Parteien. Als aber die Bolschewiki sahen, daß sie in der Konstituante nur eine Minderheit waren, strengten sie die Verammlung und proklamierten die Konföderation der Diktatur der Arbeiter- und Soldatenräte. Dem ersten Schritt folgten mit unentzerrbarer Konsequenz die weiteren: alle anderen Parteien, Gruppen und Schichten wurden der politischen Rechte enteignet, und als der Gewalt Gewalt antwortete, begann die Herrschaft des Terrors und die Proklamierung des Bürgerkriegs.

Aus der Praxis entsprang die Theorie: die Ablehnung der Demokratie und die These, daß nur die terroristische Diktatur der Sowjets die Verwirklichung des Sozialismus herbeiführen könne.

Theorien, Ideologien entsprangen aus den ökonomischen Verhältnissen. Die Ablehnung der Demokratie, die Auslösung, daß nur die bewaffnete Gewalt der Sowjets die bürgerliche Gesellschaft zur sozialistischen wandeln könne, entsprang der ökonomischen Rücksichtslosigkeit des russischen Kapitalismus, in dessen revolutionären Grenzen das industrielle Proletariat eine verblühende Minderheit darstellte. Aus der unabwehrbaren Not des russischen Sozialismus, gegen dessen politische Macht die Zurückgebliebenheit der ökonomischen Verhältnisse rebellierte, wurde so die Tugend der terroristischen Diktatur gemacht.

Wir urteilen hier nicht darüber, wir konstatieren nur. Ist das deutsche Proletariat in gleicher Not?

Deutschland ist das ökonomisch fortgeschrittenste Land Europas. Die entscheidenden Industriezweige sind in Kartellen und Trusts organisiert, zur Vergesellschaftung reif. Das industrielle Proletariat bildet die Mehrheit des Volkes, es ist in unaufhörlicher Aufklärungsarbeit in den Gedankengängen des Sozialismus geschult. Jetzt hat es keine Macht erobert und ist zum Bewußtsein seiner unüberwindlichen Kraft erwacht. Kann wirklich jemand zweifeln, daß dieses Proletariat in dieser historischen Situation nach dem katastrophalen Zusammenbruch der herrschenden Mächte im Wahlkampf besiegt werden kann? Nur kleinmütiges Zögern, nur Mangel an revolutionärem Vertrauen in proletarische Kraft und schicksalliche Notwendigkeit kann die Frage beläuen.

Unbeschränkte Fortdauer der Diktatur der Mächte bedeutet Auslöschung aller anderen Schichten von der politischen Mitbestimmung. Kann man glauben, daß diese Kreise sich das widerstandslos gefallen lassen? Der Widerstand müßte gewalttätig unterdrückt werden, die Gewalt würde neue Gewalt erwecken. Deshalb hat der, der zeitlich unbeschränkte Diktatur veranlaßt, auch zugleich Terror und Bürgerkrieg. Nicht daß er den Terror will, aber dem Terror antwortet die Aufhebung des Terrorierten. Terror ist dann ebernes Nix. Die demokratische Entscheidung dagegen wird unumkehrbar sein.

Es ist die tiefe Tragik des Sozialismus, daß er in dem Augenblick zur Macht gelangt, in dem seine Verwirklichung die größten Schwierigkeiten findet. Sozialismus bedeutet auch möglichst große Steigerung der Produktion und möglichst reiche Befriedigung aller Bedürfnisse. Der fürcht

Die Ausrüstung der ungarischen Republik.

Gleiches Wahlrecht für beide Geschlechter.

aus Budapest wird vom 16. November geschrieben: Der Tag der Ausrüstung der ungarischen Republik sah eine Zahl Tausenden zählende Menschenmenge auf dem Platz vor dem Parlamentsgebäude versammelt; einzelne Vereine zogen mit Fahnen auf. Die um 10 Uhr eröffnete Sitzung des Abgeordnetenhauses war dagegen nur spärlich besucht, die Galerien nur schwach besetzt. Die Regierung war nicht vertreten. Präsident Karl Szogy hielt eine Ansprache an das Haus, in der er der Regierung die Unterstützung jedes Ungarn zusagte. Er beantragte, das Abgeordnetenhause des schon 1910 zusammengetretenen Reichstages möchte angesichts der vollständig veränderten Verhältnisse seine Auflösung aussprechen und stelle unter Verfall einen einstimmigen Beschluß des Hauses dafür fest.

Am 11 Uhr zog der Nationalrat in Begleitung sämtlicher Mitglieder des Kabinetts unter stürmischen Ovationen in den Kuppelsaal ein. Mehrere Abgeordnete erschienen in ihren alten Uniformen. Der Präsident Johann Hod eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, worin er auf die wichtige Kulturmission Ungarns hinwies. Die Nation habe jetzt ihr Joch abgeschüttelt. Ovationen und Rufe: „Es lebe die Republik!“ folgten. Hierauf wurde ein Volksbeschlus Antrag einstimmig angenommen, wonach Ungarn als unabhängige Volksrepublik erklärt wird. Die Verfassung soll von auf Grund eines neuen Wahlrechts einzuernennenden Vertretern festgesetzt werden. Die oberste Staatsgewalt wird von der Vollregierung unter dem Präsidium Karolyis mit Unterstützung des Vollzugesauschusses des Nationalrates ausgeübt. Das allgemeine, geheime, gleiche, sich auch auf Frauen erstreckende Wahlrecht, die Pressefreiheit, die Volksschwurgerichtbarkeit, die Vereins- und Versammlungsfreiheit, die Bodenverteilung an die ackerbaureisende Bevölkerung soll sofort gesetzlich geregelt werden. Während die Sitzung fortgesetzt wurde, ver kündete der sozialdemokratische Führer Deszler Bokanyi vom Balkon des Parlamentsgebäudes der versammelten Menge, die über 100 000 Köpfe zählte den angenommenen Volksbeschlus Antrag, was mit begeistertem Beifall aufgenommen wurde.

In der Sitzung des Nationalrates hielt Ministerpräsident Graf Karolyi eine Rede, worin er ein demokratisch-sozialistisches Programm entwarf und das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Richtschnur aufstellte. Dann hielt Minister Dr. Kunfi eine Rede, in der er alle, die an der Herrschaft des alten Systems beteiligt waren, zur Rechenschaft zog. Der Minister signalisierte sodann das soziale und demokratische Programm der Regierung, das mit dem Programm der Sozialdemokratie fast ganz übereinstimmt, und wandte sich an die tschecho-slowakischen Sozialdemokraten mit der Bitte, in Eintracht mit Ungarn zusammenzutreten. Zum Schluß sprach Kunfi den Wunsch aus, Languet und Henderson möchten nicht gestatten, daß die Imperialisten der Welt die neue ungarische Demokratie erdroffeln. Die Versammlung schloß mit der ungarischen Hymne und der Arbeitermarschallise.

Söldaten gegen die Italiener.

Der „Wiener Reichspost“ wird aus Laibach berichtet: Der Kommandant der serbischen Truppen in Laibach entsandte an den Kommandanten der gegen Laibach vordringenden italienischen Truppen Parlamentäre mit folgender Mitteilung: Im Einvernehmen mit dem südslawischen Nationalrate befehlet serbische Truppen im Namen der Entente die Stadt Laibach; sie erhalten Befehl, den Vormarsch der Italiener im südslawischen Gebiete zu verhindern. Dem Kommandanten der serbischen Truppen wäre es unangenehm, wenn er zu den Waffen greifen müßte, wozu er durch das weitere Vordringen der Italiener gezwungen wäre. Sollte es zu Blutvergießen kommen, so lehnen die serbischen Truppen jede Verantwortung ab. Der italienische Kommandant erklärte, die Note seinem Vorgesetzten unterbreiten zu wollen.

Sieg der Gemäßigten in Holland.

Rotterdam, 17. November. Der Sozialdemokratische Kongress hat die ihm vorgelegte Resolution durch Zuruf angenommen sowie die weitere Forderung, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden bei der Volksvertretung liegen muß. Der Vorsitzende der Leitung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei stellte fest, daß der Kongress einstimmig beschlossen habe, von revolutionären Plänen abzusehen, und daß diejenigen, die in der letzten Woche solche Pläne geübt hätten, sie ebenfalls aufgegeben haben.

Politische Nachrichten.

Entwaffnung des deutschen Kaisers. Nach dem „Nieuws van den Dag“ wird aus Amroong gemeldet, daß am Sonnabend dort einige niederländische höhere Offiziere ankamen, die sich zum deutschen Kaiser begaben, um ihn und sein Gefolge zu entwaffnen. Dierin ist eine Internierungsmassnahme zu erblicken.

Zum Kommissar für das Baltikum, der die Beendigung der deutschen Ostposten im Einvernehmen mit den Esten und Letten durchzuführen soll, ist der Gewerkschaftsführer August Winnig ernannt worden.

Die Lebensmittelversorgung Deutsch-Oesterreichs. Die ungarische Regierung hat den Aufschub von hundert Waggons ungarischen Weizens und die Freigabe von etwa 500 Waggons Getreide rumänischer und türkischer Herkunft zugesagt, welche Mengen sich in auf der Donau schwimmenden Schleppern befinden, die von Deutschland an Deutsch-Oesterreich abgetreten worden sind. — Eine neue Delegation ging nach Berlin, um die von Amerika bestellten Lieferungen zu beschleunigen und neue zu erwirken.

Parlamentäre Sperrung der Schweizer Grenze für entlassene Soldaten der Mittelmächte. Ein Wiener Telegramm an die Rückkehr jener deutschen Truppen, die vor dem Krieg in der Schweiz gewohnt haben, sei eine ernste Frage wegen der Gefahr der Einschleppung von Krankheiten und der Anbahnung von arbeitslosen und unzufriedenen Elementen

Neue Anordnungen der Behörden.

Maßnahmen des Vollzugsrats der A- und S-Räte.

Am Dienstag, den 19. November, vormittags 9 Uhr, findet im Zirkus Busch die Versammlung der Arbeiterräte Groß-Berlins und Umgebung statt. Sämtliche Arbeiterräte haben pünktlich zu erscheinen.

Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte veröffentlicht folgende Bekanntmachungen:

Die verschiedenen Bekanntmachungen der Reichsregierung und anderer Behörden, auch die Bekanntmachung der Gewerkschaftskommission von Berlin, sind geeignet, Mißverständnisse über die Rechte der Arbeiterräte bzw. Ausschüsse aufkommen zu lassen. Die Unternehmer betrachten die Arbeiterräte bereits als aufgelöst und weigern sich, diesen die Kontrolle über den Betrieb einzuräumen. Demgegenüber erklärt der Vollzugsrat der A- und S-Rates folgendes:

Bis zur endgültigen Neuwahl der Fabrikarbeiterräte, die unter Aufsicht der Gewerkschaften vorgenommen wird, bleiben die bestehenden Arbeiterräte in Kraft. Diesen Ausschüssen steht das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht über alle aus dem Produktionsprozesse entstehenden Fragen zu.

Nach eingegangenen Meldungen sind die reaktionären Regierungsgewalten vielerorts befreit, ihre Tätigkeit nach altem System fortzusetzen.

Durch einen Erlass der preussischen Regierung sind alle Regierungspräsidenten und Landräte ermächtigt, ihr Amt weiterzuführen. Dies ist jedoch nur so zu verstehen, daß ihre Amtsführung unter schärferer Kontrolle durch die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte erfolgt.

Alle Landräte und sonstigen Beamten, die ihre Amtstätigkeit nach dem alten System fortsetzen oder gegenrevolutionäre Bestrebungen begehen oder unterstützen, sind durch den zuständigen Arbeiter- und Soldatenrat unverzüglich abzusetzen.

Unbedingt sind allen Landratsämtern Beauftragte der Arbeiter- und Soldatenräte beigezogen, denen die ständige Überwachung aller Maßnahmen obliegt.

Offener Widerstand ist gegebenenfalls mit Waffengewalt zu brechen.

Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte hat allen wichtigen Dienst- und Amtstellen Beauftragte beigeordnet, über deren Befugnisse folgendes bestimmt ist:

1. Die Beauftragten sind durch den Vollzugsrat eingesetzte Kontrollorgane; sie sind bei allen wichtigen Verhandlungen der Amtsstelle, der sie zugewiesen sind, hinzuzuziehen.
2. Der Verkehr der Amtsstellen mit den Beauftragten hat in einer Form zu erfolgen, die die reibungslose Aufrechterhaltung des Betriebes und die Beseitigung jeder Störung gewährleistet.
3. Den Beauftragten steht das Recht vorläufigen Einspruchs zu. Erhebt ein Beauftragter gegen eine Maßnahme der Amtsstelle Einspruch, so hat er die Angelegenheit unverzüglich dem Vollzugsrat zur Entscheidung vorzutragen.
4. Der Beauftragte hat über seine Tätigkeit in angemessenen Zeitabschnitten Bericht zu erstatten.

Die vorstehenden Bekanntmachungen klären eine Anzahl Mißverständnisse auf, die durch die unklare Fassung einiger vorher veröffentlichter Bekanntmachungen entstanden waren, die von interessierter Seite zur Juridrudrängung der Arbeiterräte bzw. zur Stärkung des Einflusses des Unternehmertums und der Gewerkschaftsbürokratie benutzt wurden. Erstreulich ist die klare Betonung der Notwendigkeit der schärfsten Kontrolle der preussischen Regierungspräsidenten und Landräte durch die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte. Angesichts der sich bemerkbar machenden Treibereien auf dem flachen Lande muß die Betrümmung der Landratsgewalt keinen Aufschub. Die Direktiven

an gewissen Orten“. Die zuständigen Behörden müßten deshalb auch Bestimmungen über das Verfahren treffen. — Die Schweizer Behörden leiden stark an Revolutionsfurcht.

Sympathiegramme wurden zwischen dem Präsidenten des ungarischen Nationalrates und der deutschen Volksregierung anlässlich der Proklamierung der ungarischen Republik ausgetauscht.

Die englische Wahlkampagne ist am Sonnabend abend mit einer großen Versammlung in Westminster eröffnet worden. Lloyd George, Bonar Law und Barmes hielten Reden.

Der Austritt der englischen Arbeiterpartei aus der Koalition mit den bürgerlichen Parteien, von dem wir bereits berichtet haben, wurde nach neueren Meldungen mit 2 117 000 gegen 910 000 Stimmen beschlossen.

Glossen.

Auch ein Umlerner.

Frzuz Eitel Friedrich hat in Potsdam an den Vorkämpfern einen Anschlag anbelten lassen: Ich bitte die Kameraden der Garnison Potsdam, sich der neuen Reichsregierung zur Verfügung zu stellen. Wir alle wollen das Wohl des Vaterlandes und des Volkes. Prinz Eitel Friedrich. — Es ist wirklich erstaunlich, was alles „umlern“. Oder darf man vielleicht nur von einem fabelhaften Anpassungsvermögen sprechen, das dieser Jolkernspröb und so viele andere entwickelt?

Alldeutsche Männer.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ standen schon vor dem Krieg in dem üblen Rufe, eines der gefährlichsten Zeitblätter zu sein, die der deutsche Zeitungsmarkt hervorbrachte. Sie haben während des Krieges das ihrige getan, diesen Ruf zu festigen. Jede einzelne Nummer brachte ein neues Bekenntnis zur Hochpolitik. „Siegen oder untergehen!“ war noch bis vor wenigen Tagen die Parole dieses „Nolan Bismarckites“.

des Vollzugsrates auf diesem Gebiet sind nur der erste Schritt. Ihm müssen sofortige energische Verwaltungsmassnahmen der Regierung und ein durchgreifender Personalwechsel folgen. Bis dahin müssen die örtlichen A- und S-Räte ihre Kontrollgewalt mit eiserner Entschlossenheit durchzuführen und Treibereien der Regierungspräsidenten und Landräte verhindern.

Entschädigungen für die Mitglieder der A- und S-Räte.

An alle Staats- und Kommunalbehörden.

1. Die Kosten, welche durch eine angemessene Entschädigung der Mitglieder der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte für ihre Mitwirkung entstehen, sind von derjenigen Stelle zu tragen, bei welcher der Rat seine Tätigkeit ausübt. Danach sind sie bei den Staatsbehörden auf staatliche Fonds (Geschäftsbedürfnisfonds), bei Kommunalbehörden auf kommunale Fonds zu übernehmen. Erstreckt sich die Wirksamkeit eines Rates sowohl auf staatliche wie auf kommunale Behörden, so sind die Kosten angemessen zu verteilen.

2. Vor Auszahlung der Vergütung haben diejenigen lokalen Organisationen, welche den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat eingeleitet haben, die Legitimation des anfordernden Mitglieds zu prüfen.

3. Im allgemeinen ist der entgangene Arbeitsverdienst zu vergüten. Hierzu tritt eine angemessene Aufwandsentschädigung und Ersatz der baren Auslagen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß es sich um öffentliche Gelder handelt und daß mithin bei dem Ernst der Zeit mögliche Sparsamkeit geboten ist.

4. Aus dem gleichen Grunde ist auf eine thunlichste Beschränkung der Zahl der Mitglieder eines jeden einzelnen Rates Bedacht zu nehmen.

Berlin, den 16. November 1918.

Preussische Regierung.

gez. Hirsch. Ströbel. Dr. Schäferum.

Die Verpflegung entlassener Heeresangehöriger.

Amtlich werden die nachfolgenden Grundsätze für die Verpflegung der entlassenen Heeresangehörigen veröffentlicht:

Der Uebergang der zur Entlassung kommenden Heeres- und Marineangehörigen aus der militärischen Verpflegung in die allgemeine Lebensmittelversorgung der bürgerlichen Bevölkerung hat nach folgenden im Einverständnis mit den militärischen Stellen festgesetzten Grundsätzen zu erfolgen:

1. Die Verpflegung geschlossener Verbände erfolgt wie bisher durch die Militärbehörde.
2. Bei der Entlassung ist den zu Entlassenden Verpflegung für 8 Tage mitzugeben.
3. Soweit die Entlassenen binnen dieser Zeit noch nicht in die Lebensmittelversorgung ihrer neuen Wohnorts aufgenommen sind, erhalten sie bis zum 7. Tage nach der Entlassung durch die Militärbehörden auf Grund ihrer Entlassungsbescheinigung die erforderlichen Ausweise zur Beschaffung ihrer Verpflegung oder, soweit Massenverpflegungen oder besondere Verpflegungsstellen vorhanden sind, Verpflegung aus diesen.
4. Auf der Entlassungsbescheinigung (Soldbuch) ist zu vermerken, wo und wann Ausweise oder Verpflegung gegeben sind. Nach Ablauf von 7 Tagen werden die Entlassenen regelmäßig in die Lebensmittelversorgung ihrer Wohngemeinde aufgenommen sein.
5. Personen, die eine Entlassungsbescheinigung nicht vorweisen können, sind in erster Linie an militärische Verpflegungsstellen zu verweisen; befindet sich eine solche nicht am Orte, so sind ihnen die zur Beschaffung der Verpflegung erforderlichen Ausweise jeweils für ein bis zwei Tage zu geben oder es ist ihnen durch Zuweisung zu Massenverpflegungen um für diese Zeit die Verpflegung zu ermöglichen. Dabei ist darauf hinzuwirken, daß sie sich auf schnellstem Wege bei der nächsten militärischen Wehrstelle melden. Es empfiehlt sich, solchen Personen als Ausweis für die nächste Verpflegungsstelle eine Bescheinigung darüber auszubändigen, wann, wo und für wie lange ihnen Verpflegung ausweise oder Verpflegung gegeben sind.
6. Eine Verpflichtung zu unentgeltlicher Verpflegung wird hierdurch den Gemeinden nicht auferlegt.
7. Den Kommunalbehörden wird auf Antrag für die durch diese Bestimmungen herbeigeführte Mehrbelastung Ersatz gewährt werden. Anträge auf Ersatz sind bei der für die Regierung in Betracht kommenden Provinzial-, Landes- oder Reichsstelle unter Angabe der verpflegten Personen und der Verpflegungstage zu stellen.

Zetzt hat sich der Wind gedreht; er bläst durch alle Gassen das Sturmlied der Revolution und vor seinem rauhen Hauche stehen — aufrecht die harten alldeutschen Männer der „Leipziger Neuesten Nachrichten“? Ihr Mut, der sich nur ausbleibt am sicheren Schutzhilf der Redaktion, geschütt durch eine faule Zensur, eine durch Zug und Trug gekübete Regierung, brach plötzlich zusammen. Sie haben, wie der Vorsitzende des Leipziger Arbeiter- und Soldatenrates in einer Versammlung mitteilen konnte, dem Leipziger Rat ein Angebot gemacht, sich den neuen Machthabern zur Verfügung zu stellen, und zwar in dem Maße, wie es vom Arbeiter- und Soldatenrat gewünscht wird. Der Verlag hat an sozialdemokratische Redakteure angestellen und sie hoch zu begelien.

Natürlich wurde das Angebot abgelehnt. Die Versammlung nahm das mit lautem Hohn und Spott auf. . .

Aus den Akten der politischen Polizei.

In Hamburg hat der L. und S-Rat eine Hausdurchsuchung bei der politischen Polizei abgehalten und dabei Erbauliches gefunden. Wir geben eine Aktenseite wieder:

„Stellvert. Generalkommando IX. Armeekorps.

Altona, 7. Februar 1917.

Rittmeister Kehrhorn teilt der Abteilungsleitung durch Fernsprecher mit:

Der Gewerkschaftsführer Koch vom Deutschen Metallarbeiterverband, Hamburg, Befehlsinhaber 67 (Telephon Nr. 6, Nr. 4424) habe einen gewissen Lauffenberg beabsichtigt. Lauffenberg liege zur Zeit im Lazarett in Wandstedt, seine Privatwohnung befinde sich in Alt-Nahstedt. Er halte anscheinend geheime Zusammenkünfte ab. Er gehöre zu den Aberradikalen, zu der sogenannten Sportklubgruppe. Näheres wäre durch Koch zu erfahren.

Koch bitte dringend, seinen Namen nicht preiszugeben.

Zusatz, Oberwachmeister.

Kochwehr-Abteilung.

gez.: Ritt. Hauptmann.

Leider darf man nicht annehmen, daß diese Denunziation ein Einzelfall war.

Kundgebung der Angestellten.

Der gestrige Vormittag stand im Zeichen zweier großer Angestelltenversammlungen im Circus Busch und am Luisenpark, von denen die zweite von über 20000 Personen bei der Besichtigung befreit war. Aus der Rednerliste sind besonders hervorzuheben Geisler vom Bund technisch-industrieller Beamten, dessen Rede ein zündender Aufruf an die Angestellten war, die Macht des Kapitalismus zu brechen und einzuengen zu sein, daß härter als der Feind durch die Arbeiter und ihre Brüder im Feldgrauen Kampf siegreich zu Ende geführte Kampf gegen die regierende Macht der gegen die Macht des Kapitalismus ist, ein Kampf, der für die Angestellten nur dann von Erfolg begleitet sein kann, wenn sie sich zusammenschließen, sich organisieren, und sich schließlich vom Zentralverband der Handlungsgehilfen, der sich schließlich vor allem Organisation forderte, um den berechtigten Wünschen der Privatbeamten zum Siege zu verhelfen.

Zum Schluss nahm Genosse Eduard Bernstein das Wort und führte in seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede aus: Die Klasse der Angestellten, der neue Mittelstand, wie man sie auch genannt habe, unterwerfe sich von der Arbeiterklasse nicht nur durch die Art ihres Lohnes, sondern auch durch die ihrer Arbeit, die nicht nur rein ausführende, sondern mehr leitende Natur sei. „Ich zerhöre und ich baue auf!“ und gerade im Aufbau liegt die große Mission der Angestellten für die gegenwärtige Zeit. Keine politische Verbesserung kann dauernd sein, wenn nicht das Wirtschaftsleben einer Nation seinen Gang geht. Nach anschließender Diskussion, in der Mathern seine Kollegen der Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten aufzählte, sich gleichfalls zu organisieren, mitsubellen an dem großen Werk und nicht mit Kleinigkeiten, gemeinrätlichen Bedenken belästigt zu stehen, wurde folgende wichtige Entscheidung angenommen:

„Die heute zu vielen Tausenden versammelten Angestellten Groß-Berlins begrüßen die bekämpfende deutsche Revolution. Der Platz der Angestellten ist an der Seite der Arbeiter. Die Angestellten sollen keine Vorrechte zu Ungunsten anderer Stände, sie erwarten aber von der Volkserhebung, daß den Arbeiter die gleiche Förderung gewährt wird, wie allen arbeitenden Schichten. Sie beantragen die gewerkschaftlichen Angestelltenverbände folgende dringliche Forderungen ungehindert zur Durchführung zu bringen: 1. Für die Verbesserung des Rechts auf Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer, Arbeitsbeschaffung, öffentlich rechtliche Arbeitsvermittlung auf Paritätischer Grundlage, reichsgewerbliche Arbeitslosenunterstützung und Schutz vor Gehaltskürzungen und Massenentlassungen. 2. Für die kommende Friedenszeit: Schutz und Ausbau des Koalitionsrechts, Verbot der Konkurrenzklauel, Bestrafung von Geheimabkommen der Arbeitgeber, Förderung des gewerblichen Einigungswesens, Vereinheitlichung der sozialen Versicherung, Schaffung einer gesetzlichen Interessenvertretung, siebenstündiger Schichtarbeit, vollständige Sonntagsruhe, 7-Uhr-Ruhezeit, freier Wochenlohn und Erneuerung von Handels- und Betriebsgesetzen.“

Die Versammlungen schlossen mit dem Rufe, in den alle Kundgebenden jubelnd einstimmten: „Es lebe keine Mäsecht das Volk! Es lebe die Revolution! Es lebe die sozialistische Republik!“

In einer großen Versammlung waren die Beamten der Reichspost und der Telegraphie Sonntag früh nach den Germaniasälen geleidet. Der große Saal, war überfüllt, so daß gleichzeitig in zwei anderen Sälen die Besprechungen abgehalten wurden. Folgende Beschlüsse wurden beschlossen:

„Die heutige Versammlung befürwortet den festen Willen, die Regierung der deutschen Republik durch treue und freudige Mitarbeit in den großen und schweren Aufgaben zu unterstützen, die der Krieg dem deutschen Volk auferlegt hat. Sie bekennt darauf, daß die neue Volkserhebung für die durch jahrelange Entbehrungen aller Art entkräfteten Beschäftigten und Arbeiter durch Dienstleistungen und andere Hilfsmaßnahmen sorgen wird.“

um ihnen die Kraft zu geben, alle durch den Krieg auferlegten Pflichten zum Behen des Volksganges voll zu erfüllen.

Groß-Berlin.

Mehrere Warnschüsse, die von einem Soldaten des Arbeiter- und Soldatenrates abgefeuert wurden, riefen in der Gegend der Palaststraße nicht geringe Aufregung hervor. Hierzu wird berichtet: Mehrere Wohnungsinhaber des Hauses Palaststraße 69 wurde telefonisch mitgeteilt, daß bei ihnen Soldaten einquartiert würden. Die anrufenden Personen gaben als Namen den Arbeiter- und Soldatenrat an. Einer der Wohnungsinhaber schloß jedoch die Tür und setzte sich mit dem Charlottenburger Polizeipräsidenten in Verbindung. Dieses machte dem Soldatenrat Mitteilung, um die Betrüger, um die es sich nur handeln konnte, abzufangen, wurde eine Militärtruppe abgedischiert und in dem Hause verhaftet. Die Soldaten ließen in dem Hause ihre Binden ab. Ein Rückzügler, dem die Soldaten ohne Binden gegenübertraten, glaubte, es mit den gestrichelten Dieben zu tun zu haben. Um seine Kameraden zu alarmieren, eilte er auf die Straße und gab drei Schüsse ab. Gleich darauf stürzte sich der Verfall auf. Glücklicherweise wurde durch die Schüsse niemand verletzt.

Plündernde Kriegsfingene wurden in der Umgebung des Säkularfesten Bahnhofs festgenommen. Dort war am Sonntag nachmittags ein Transport von 100 russischen Kriegsfingenen angekommen, um von hier aus weiter beordert zu werden. Das Transportkommando entfernte sich jedoch von den Gefangenen, und so waren diese sich selbst überlassen. Eine größere Anzahl von ihnen machte sich diese Gelegenheit zunutze. Eine ganze Reihe von Geschäften wurde auf diese Weise von ihnen befallen. Der Leiter des Sicherheitsdienstes entsandte sofort eine Abordnung, bestehend aus einem Führer und sechs Mann, der es gelang, 15 der Plünderer einzufangen. Sie wurden in das Militärgefängnis eingeliefert.

Passive Sicherheitsbeamte treiben immer noch ihr Unwesen, obwohl ihnen durch die vom Volksgesetz getroffenen Maßnahmen ein Hindernis gesetzt ist. So trat ein bewaffneter Soldat erst gestern wieder auf offener Straße auf einen Bürger zu und nahm ihm unter Vorhaltung eines Revolvers die Uhr ab. Der Verurteilte machte sofort Meldung von dem Verfall worauf entsprechende Nachforschungen eingeleitet wurden. Es handelt sich hier um Soldaten, die noch im Besitz von Waffen aus den ersten Tagen der Umwälzung sind. Die Sicherheitskräfte, die über Kommandoportiere verfügen, die sie bei ihren Amtshandlungen vorzeigen, sind ermächtigt, derartige Elemente sofort zu entkräften, und, wenn sie dies nicht freiwillig tun, Gewalt anzuwenden.

Als dreifacher Mörder ist ein gewisser Paulus bekannt geworden. Paulus hat im Januar die 24 Jahre alte Frau Ida Hoffmann aus der Wilmersfelder Straße 10 in Berlin-Rosenthal ermordet und beraubt. Im April wurde Paulus als Täter ermittelt. Nicht ist festgestellt worden, daß Paulus im Jahre 1913 seine Frau und sein Kind in Nikolassche im Waber stechen hat, wo seine beiden Tod fanden. Er läuhte damals vor seine Frau sei nach Amerika gegangen.

In die Soldaten des Sicherheitsdienstes, Familien-Soldaten, die im Sicherheitsdienst des Polizeipräsidenten tätig sind, werden verpflichtet, ab Montag, den 18. November 1918, mittags zwischen 12 Uhr, im Polizeipräsidenten (Präsident) einzuliegen, aus familiäre Reklamationen und Bitten ohne Ausnahme. Es sind mitzubringen: polizeiliches Namensbuch, Anwaltskarte oder Militärkarte sowie familiäre Waffen und Armbanden. Die Zusammenkunft hat den Zweck, die Sicherheitskräfte einzuteilen, die Abnahme, Verbilligung und Vorkaufsrechte zu regeln. Wer darüber in dem Sicherheitsdienst des Polizeipräsidenten bleiben will, muß erscheinen.

Ein demokratischer Volksbund wurde am Sonntag im Hauptbahnhof gegründet. Unter den Gründern befinden sich Gerlach Hauptmann, Professor Hecker, Walter Matheson, Friedrich Roumann, A. Egerwald u.a. Der demokratische Volksbund will alle diejenigen sammeln, die den Wandel der Zeit anerkennen, an einer neuen Ordnung auf demokratischer Grundlage mit-

arbeiten wollen und die unverzügliche Einberufung einer Nationalversammlung fordern.

Eine Beratungsstelle für Militär hat der Volksgesetz des Reichs- und Landes im Abgeordnetenhause, Zimmer 13, eingerichtet. Die Beratungsstelle soll in erster Linie den Soldaten beim Ueberzug in das Zivilleben behilflich sein. Es wird ihnen dort Auskunft erteilt, an welchen Stellen ihnen Arbeit, Wohnung u. s. f. vermittelt werden kann. Auch werden die Kameraden in per ähnlichen Angelegenheiten beraten. Sprechstunde von 9-12 und 3-6.

Keine Wiederherstellung der alten Befehlsgewalt.

Das Telegramm der Volkserhebung an die Soldaten und Matrosen, in dem zur Selbsttätigkeit aufgefordert wurde, um die geordnete Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen und der Demobilisierung zu sichern, hat insofern zu Mißverständnissen geführt, als teilweise die Befürchtung laut wurde, die Volkserhebung wolle die Befehlsgewalt in der alten Form wieder herstellen. Diese Befürchtung ist unbegründet. Es sei deshalb noch einmal hervorgehoben, daß die jetzt angeordneten Maßnahmen für die künftige Regelung der Befehlsgewalt nicht bindend sind. Mit ihnen soll vielmehr nur im Interesse der Soldaten und der Deimtal das regellose Zurückziehen der Truppen von den Fronten verhindert und die Durchführung einer planmäßigen Demobilisierung gefördert werden. Bei der Marine ist die genaue und rasche Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen von entscheidender Bedeutung. Wird sie nicht gewährleistet, so besteht die Gefahr, daß der Waffenstillstand in Frage gestellt, Belgoland, Kiel und Hamburg besetzt und woren Nichterfüllung der Waffenstillstandsbedingungen die Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden. Das will gewiß niemand. Deshalb ist noch dem Aufbau der bisher gen. Deereorganisation bei der Demobilisation und der Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen die Mitwirkung der Offiziere mit ihren technischen und militärischen Kenntnissen erforderlich. Lediglich diesem Zweck sollte die Maßnahme der Reichsregierung dienen. Dabei ging sie von der bei fast allen Truppenformen durchgeführten Voraussetzung aus, daß die Offiziere in der Einberufung mit den Soldaten die Befehlsgewalt ändern werden. Will der Mannschaften und Offiziere ist es, durch verändertes Aufkommen der über unser Land hereinverbreitete Unruhe nach Möglichkeit zu lindern.

Die obenstehende offizielle Mitteilung umschließt die Absichten der Regierung bei ihren Anordnungen an die Selbsttätigkeit der Soldaten und Matrosen so klar, daß aus ihnen keinesfalls gefolgt werden darf, die Kommando-gewalt der Offiziere sei wieder herzustellen. Das ist nicht der Fall, und die Soldaten und Matrosen haben aufmerksam darauf zu achten, daß die Kommando-gewalt der Offiziere nicht durch die Unterwürigkeit der zur Aufrechterhaltung der Demobilisierungsanordnungen getroffenen Maßnahmen eingeschränkt werde. Wenn die Soldaten und Matrosen auf der Seite sind und ihre Delegierten in den Räumen dazu anhalten, die Mitwirkung der Offiziere hinsichtlich in den oben dargestellten Grenzen zu leisten, dann wird ihre wichtige revolutionäre Errungenschaft die Befehlsgewalt, nicht verloren gehen. Dazu ist allerdings erforderlich, daß die Soldaten, welche in deren Händen die Befehlsgewalt liegt, auch wirklich Soldatenräte sind. Die Soldaten müssen dieses Bewußtsein haben, die Wahrung ihrer Interessen selbst in ihre Hand zu nehmen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. E. Klempner, Berlin Wilmersdorf, Druck der Lindendruckerei und Verlagsge. m. b. H., Schiffbauerdamm 19

AUFRUF!

In diesem Augenblick der Wehen, die Deutschlands Leib und Seele erschüttern, damit, wie wir erhoffen, ein neues, lebensstarkes Reich geboren werde, dürfen alle die für das Landes Schicksal eine Verantwortung in sich fühlen, nicht einkam, vereinzelt abbleiben.

Wir halten nicht zu dem Hertrümmerten, sondern zu dem werdenden. Wir stellen uns rückhaltlos dem Volk, seinem Willen und seinen Vertretern zur Verfügung. Wir wollen nach besten Kräften, wo man uns braucht, der werdenden Gestalt dienen. Wir wollen mitwirken, daß die Wurzeln des geistigen und wirtschaftlichen Lebens im großen Wandel der Dinge, den wir gut heißen, nicht Schaden leiden, sondern neue Kraft gewinnen.

Emil Abderhalden, Fritz Andrae, Professor Ballod, Franz Behrens, H. Beyerlein, Carl Becker, Peter Behrens, Georg Bernhard, Graf Bernstorff, Moritz Bonn, Professor R. Borhardt, E. von Borziga, Robert Voigt, Heinrich Braun, Luis Brentano, Richard Dehmel, Professor Dehmann, Professor Leuschke, Felix Deutsch, Oberbürgermeister Domwille, Albert Einstein, Emil Fischer, Wilhelm Flugel, August Gouh, Johann Giesberts, Schmidt Freiherr von Gleichen, Paul Goldmann, Walter Gueh, Doktor Graeh, Stefan Großmann,

Doktor Guggenheimer, Wilhelm Guthe, Fritz Haber, Doktor Gadenburg, Hermann Gahn, Günther, Professor Garies, Conrad Gaehtig, Ernst Gardt, Carl Gombmann, Gerhard Gombmann, Professor Gattkel, Professor Geilfren, Felix Gelmann, Direktor Heinrich, Professor Gerker, Theodor Geuh, Doktor Goefele, Ernst Goady, Professor James Israel, Professor Jaskrow, Doktor Hans Jordan, Edwin Kay, Maximilian Kempner, Oberstudienrat Kerchensteiner, Professor Killion, Professor Klingenberg, Albert Koester, Professor Kraus, Professor Friedrich Leng, Max Liebermann, Paul Mamroth, Doktor Gustav Mayer, Friedrich Meinecke, Graf Metternich, Richard von Moellendorff, Alexander Moskowitz, Doktor August Mueller, Hermann Muthesius, Friedrich Rammann, A. Alben, Hermann Enden, Franz Oppenheimer, Albert Oesterle, Bruno Paul, Franz Pauli, Gustav Pauli, Theodor Pfeningner, Walther Rathenau, Professor Rathgen, Georg Reide, Doktor Metzler, Lehrer Noehl, Franz Noehr, Heinrich Kubens, Karl Ludwig Salck, Oberbürgermeister Scholz, Alice Salomon, Doktor Walther Schotte, Professor Seebert, C. F. von Siemens, Professor

Sievers, Werner Sombart, Adam Stegerwald, Hugo Sinnes, Otto Stöckert, Doktor Schimme, Ernst Troelstra von Fichtel, Ludwig Tuschon, Doktor Wolfeniner, Professor Vermoren, Adolf Wach, Alfred Weber, Fritz Wichert, Max Wiesner, von Wintersfeldt, Menkin, Nathan Zung.

Auf dem Boden dieses Bekenntnisses ist der demokratische Volksbund

errichtet worden.

Die erste Erklärung des demokratischen Volksbundes lautet: Wir treten ein für unverzügliche Einberufung der Nationalversammlung für Deutschland und Österreich auf Grund des allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrechtes in der Form der Verhältniswahl mit gleichem Recht für beide Geschlechter.

Wir erwarten, daß eine Verlesung, die in die Grundlagen unseres geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Aufbaus eingreift, nicht beginnt, bevor die Nationalversammlung gesprochen hat.

Deutsche Männer und Frauen, schließt euch dem demokratischen Volksbunde an!

Beitrittserklärungen sind zu richten an Dr. Franz Pauli, Flugverbandhaus, Berlin, Flumeshof 17.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Fredersdorf-Petershagen U. S. P. D.

Dienstag, den 19. d. Mts. abends 6 1/2 Uhr

Mitgliederversammlung

im Lokal von Jeske, Fredersdorf am Bahnhof.

Gäste willkommen.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund Gau Berlin.

Achtung Mitglieder!

Dienstag, 19. November, abends 8 Uhr, pünktlich

Chorprobe

für den Gesang bei der Beisetzung der Revolutionsopter im Friedrichsdenkmal.

Gesungen wird: Unsterblichkeit v. Schiller, Tod Tplerson v. Uthmann.

Die Probe findet im Patzshofer, Landshofer Alle 27, statt. Alle Sänger sind verpflichtet, zu dieser Probe zu erscheinen.

Der Vorstand.

Arbeitslose Groß-Berlins u. Deserteure

finden sich Montag, den 18. Novemb., mittags 12 Uhr, in den Gern n. a. S. a. n., Chausseestraße, zwecks Wahl von Arbeiteräten.

Der Einberufer: J. Buchwitz.

Bestellchein.

Siehe hier aufschreiben, zu allen uns erscheinenden in den Verlags der „Freiheit“

Zur Unterzeichnung senden Sie mir:

1 Exemplar der dreimal täglich erscheinenden Zeitung

„Die Freiheit“

Per numerum

des Verlagsgesellschafts „Die Freiheit“

zum Preis von 20. Nur monatlich bei sofortiger Zahlung im Voraus.

Name:

Ort:

Heute bestell ich diesen. Abdruck ohne Aufschlag.